

OCCUPY-BEWEGUNG

10 Gebote für die Revolte

Der Generation Occupy könnte gelingen, was uns damals nicht gelang. Die Neujahrsrede eines amerikanischen Protestveteranen an die Jungen

VON Mike Davis | 29. Dezember 2011 - 07:00 Uhr

© Justin Sullivan/Getty Images



Junge Menschen protestieren in Davis, California

Kürzlich fragte mich eine Freundin in Kanada, ob die Protestbewegung der 1960er Jahre denn keine entscheidenden Lehren an die Occupy-Bewegung weiterzugeben hätte. Ich antwortete ihr: Zu dem wenigen, was mir von der Zeit vor 45 Jahren noch deutlich in Erinnerung ist, gehört mein inbrünstiges Gelübde, niemals zu einem alten Sack zu werden, der große Botschaften verkündet. Doch sie ließ nicht locker, sodass mich die Frage am Ende selbst neugierig machte. Was habe ich eigentlich gelernt in einem Leben als linker dilettierender Aktivist?

Zweifellos bin ich ein Experte darin, ein Flugblatt in Tausenderauflage auf einer billigen Matrize zu hektografieren. Ich habe meinen Kindern versprochen, ihnen irgendwann einmal im Museum eine dieser Höllenmaschinen zu zeigen, die die Bürgerrechtsbewegung am Laufen hielten. Aber sonst? Unsere Sit-ins vor 46 Jahren waren Guerillaangriffe; doch was wir heute erleben, ist die erfolgreiche Belagerung der Wall Street durch die Liliputaner. Die Wut der unter dem Dach »Occupy the World« versammelten jungen Leute mag momentan zwar noch auf Gandhischer Sparflamme köcheln. Doch wir haben bereits erlebt, dass die Banken nur ausreichend viele Amerikaner um ihre Häuser und Karrieren bringen müssen, damit etwas gewaltig Neues sich Bahn bricht.

Das Faszinierende der gegenwärtigen Erhebung besteht schlichtweg darin, dass sie die Straße besetzt und sich mit den Obdachlosen identifiziert hat. Ehrlich gesagt, hätte meine Generation als Erstes daran gedacht, sich in die Bürotürme zu hocken und darauf

zu warten, dass uns die Polizei rausknüppelt. 1965, als ich gerade 18 war und für die Students for a Democratic Society arbeitete, organisierte ich eine Sitzblockade in der Chase Manhattan Bank. Sie spielte damals eine entscheidende Rolle bei der Finanzierung des südafrikanischen Apartheidregimes, das friedliche Demonstranten massakrierte. Es war der erste Protest an der Wall Street seit einer ganzen Generation, und die 41 Teilnehmer wurden von der New Yorker Polizei aus der Bank geschleift.

MIKE DAVIS

ist der bekannteste Stadtsoziologe der USA und als linker Publizist wegen seiner harten Recherchen gefürchtet. Geboren 1946 in Los Angeles, brach er die Schule ab, um in einer Fleischfabrik zu arbeiten. Später studierte er Geschichte und Wirtschaft, wurde Mitglied der Students for a Democratic Society, der Kommunistischen Partei und schließlich der Socialist Workers Party. Sein Durchbruch als Autor kam mit »City of Quartz« über die düstere Zukunft von LA. Mike Davis lebt in Kalifornien und lehrt an der University Riverside.

Ich halte es immer noch für eine blendende Idee, die Wolkenkratzer zu stürmen, allerdings erst in einer späteren Phase des Kampfes. Das Geniale an den Wall-Street-Revolutionären ist einstweilen, einige der teuersten Grundstücke der Welt in einen öffentlichen Ort des Protests verwandelt zu haben. Obwohl alte Radikale wie ich nur allzu gern jedes neue Baby zum Messias erklären, trägt dieses Kind namens Occupy wirklich das Zeichen des Regenbogens. Ich sehe hier die Wiedergeburt einer moralischen Haltung, die die kleinen Leute aus der Generation meiner Eltern auszeichnete. Es war ein weitherziges, spontanes Mitgefühl, das aus der Ära der Great Depression stammte und auf einer simplen egalitären Ethik beruhte: Halte dein Auto jederzeit für arme Tramper an. Werde nie zum Streikbrecher, auch wenn deine Familie kein Geld mehr für die Miete hat. Höre hin, was jene stillen Menschen sagen, die alles verloren haben außer ihrer Würde. Klau Milch, wenn deine Kinder keine haben, und gib die Hälfte den Nachbarskindern – meine Mutter hat das 1936 oft getan.

Davon abgesehen, erinnere ich mich vor allem an die Ermahnungen älterer Kameraden, die ich mir als meine persönlichen zehn Gebote gemerkt habe. Es sind Handlungsmaximen, wie man sie auch in einem Diätratgeber oder einem inspirierten religiösen Traktat finden kann. Was auch immer sie wert sein mögen, hier sind sie:

- 1. Kategorischer Imperativ.** Organisiert euch, und helft anderen Leuten, sich zu organisieren! Das Feuer entfachen ist gut, eine Einheitsfront schmieden ist besser.
- 2. Eure Anführer dürfen nur Anführer auf Zeit sein.** Ihr müsst sie abberufen können. Die Aufgabe einer wirklich guten Organisation besteht darin, sich selbst überflüssig und nicht etwa unentbehrlich zu machen.
- 3. Ihr müsst den unheilvollen Hang der Medien zum Personalisieren unterlaufen –** also die Neigung, das Ganze des Protests auf eine Person zu reduzieren, die Gruppe auf ein

Individuum. Ist es nicht bizarr, dass wir in den Vereinigten Staaten keinen »Tag der Bürgerrechtsbewegung« feiern, sondern nur einen »Martin Luther King Day«? Sprecher der Revolte sollten regelmäßig rotieren – und falls nötig erschossen werden. Kleiner Scherz.

4. Dieselbe Warnung gilt für das Verhältnis zwischen der Bewegung und ihren Sympathisanten. Ich bin von der Notwendigkeit eines revolutionären Miteinanders zutiefst überzeugt. Splittergruppen sind nur legitim, wenn sie sich vorrangig in den Dienst des gemeinsamen Kampfes stellen und nicht bloß ihr eigenes Süppchen kochen.

5. Konsensuelle und partizipatorische Demokratie sind nicht dasselbe. Das haben wir in den Sechzigern am eigenen Leib gespürt. Unter Verwandten oder in Kommunen mag ein auf Konsens gerichteter Entscheidungsprozess funktionieren. Für eine große Protestbewegung jedoch ist ein gewisses Maß an repräsentativer Demokratie unverzichtbar, will man eine möglichst breite Beteiligung. Wie immer steckt der Teufel im Detail. Details wären etwa, dass jeder Delegierte abberufbar bleibt, dass die Rechte der politischen Minderheiten formell gesichert sind und dass eine diskriminierungsfreie Repräsentation gewährleistet ist. So ketzerisch es vielleicht klingt: Gute Anarchisten, die an eine selbstverwaltete Basis und an konzertierte Aktionen glauben, werden in einem Verfahrensleitfaden aus dem Jahr 1876, der von einem Brigadegeneral der US Army verfasst wurde, viele wertvolle Ideen finden. Robert's Rules of Order handelt von der Kunst, Diskussionen und Entscheidungsprozesse effizient zu machen.

6. Eine »Organisationsstrategie« ist nicht nur ein Plan, um die Beteiligung an den Protesten auszuweiten, sondern auch ein Konzept, um die Proteste an jenen sozialen Schichten auszurichten, die die Hauptlast der Ausbeutung tragen. So bestand eine der brilliantesten Strategien der schwarzen Befreiungsbewegung in den späten Sechzigern darin, den Kampf in die Autofabriken von Detroit zu tragen und dort die Liga der revolutionären schwarzen Arbeiter zu gründen. Heute stellt die Occupy-Bewegung eine vergleichbare Chance dar. Jene Truppen, die die Vorhöfe der Plutokraten besetzen, müssen zum Beispiel unmissverständlich die Krise der immigrierten Arbeiter thematisieren, denen grundlegende Menschenrechte vorenthalten werden. Vor fünf Jahren gab es in den USA Proteste gegen die Rechtlosigkeit von Einwanderern, die sich zu den größten Massendemonstrationen der amerikanischen Geschichte auswuchsen. Vielleicht erleben wir es am nächsten 1. Mai, dass alle, die gegen Ungleichheit kämpfen, einen gemeinsamen Aktionstag organisieren.

7. Wer eine Bewegung aufbaut, die arme Menschen ernsthaft einbeziehen will, braucht eine Infrastruktur, mit der man menschliche Grundbedürfnisse befriedigen kann: Essen, Unterkunft, medizinische Hilfe. Zur erfolgreichen Revolte gehört außerdem, dass wir unsere eigenen Ressourcen an die jungen Frontleute von Occupy umverteilen. Genauso nötig sind professionelle Juristen, die sich der Bewegung verpflichtet fühlen und den Protest gegen staatliche Repressionen verteidigen.

8. Die Zukunft wird sich weniger daran entscheiden, wie viele Aktivisten im »Liberty Park« an der Wall Street ausharren, sondern wie viele kämpfende Truppen sie in Dayton, Cheyenne, Omaha und El Paso mobilisieren. Wenn die Proteste sich geografisch ausdehnen sollen, muss man unbedingt Menschenrechtler und Gewerkschafter aller Nationalitäten einbeziehen. Dank social media gibt es heute natürlich unerhörte Chancen für einen gleichberechtigten Diskurs zwischen »unelitären« Aktivisten weltweit. Trotzdem braucht Occupy auch Unterstützung von medienerfahrenen Gruppen in den städtischen und akademischen Zentren. Ein selbstfinanziertes nationales Büro der Wortführer wäre von unschätzbarem Wert. Umgekehrt ist es wichtig, die Geschichten von den Rändern der Gesellschaft an die Öffentlichkeit zu tragen. Die Erzählung des Protests muss zu einem Panorama dessen werden, wogegen die kleinen Leute nicht nur in den USA, sondern überall kämpfen: Niedriglohn in West Virginia, Krankenhausschließung in Laredo, Polizeikorruption in Tucson, Todesschwadronen in Tijuana, Erderwärmung in Saskatoon...

9. Die solidarischen Gewerkschaften in den USA, die die New Yorker Polizei daran hinderten, Occupy-Demonstranten schnell wieder zu vertreiben, machen Hoffnung auf einen echten Klassenkampf. Dabei darf man jedoch nicht vergessen, dass viele Gewerkschaftsführer hoffnungslos in eine politische Ehe mit bestimmten Parteien verstrickt sind. Antikapitalistische Protestler sollten sich daher besser mit Basisgruppen in den Gewerkschaften zusammenschließen.

10. Die simpelste Lehre zum Schluss. Ein Dissident muss die Sprache des Volkes sprechen. Die moralische Dringlichkeit eines Wandels tritt dann am klarsten hervor, wenn sie in einer klaren Sprache ausgedrückt wird. Tatsächlich haben es die bedeutendsten radikalen Stimmen in den USA der sechziger Jahre – Tom Paine, Sojourner Truth, Frederick Douglas, Gene Debs, Upton Sinclair, Martin Luther King, Malcolm X und Mario Savio – immer verstanden, die Amerikaner in den vertrauten Begriffen einer Gewissenstradition anzusprechen. Das herausragende Beispiel dafür war Sinclairs nur knapp gescheiterter Wahlkampf um den Gouverneurssitz von Kalifornien im Jahr 1934. Sein Manifest »Beseitigt die Armut in Kalifornien – jetzt« übersetzte im Wesentlichen das Programm der Sozialistischen Partei in Gleichnisse des Neuen Testaments. Dies brachte ihm Millionen von Unterstützern ein.

Jetzt, da die Occupy-Bewegung darüber diskutiert, ob sie sich politisch konkreter definieren soll, sollte sie sich zuerst fragen, welche ihrer Forderungen die meisten Menschen überzeugen. Deswegen muss man noch lange nicht seine Radikalität im Sinne einer Systemgegnerschaft aufgeben. Vielleicht könnten ein paar junge Aktivisten ihren Bakunin, Lenin oder Slavoj Žižek für einen Augenblick beiseite legen und stattdessen eine verstaubte Ausgabe jenes Programms aufschlagen, mit dem Franklin D. Roosevelt 1944 seinen Präsidentschaftswahlkampf führte: Er nannte es seine »Economic Bill of Rights«.

Diese Charta der ökonomischen Grundrechte war ein Weckruf an den Sozialstaat. Darin erklärte Roosevelt unsere unveräußerlichen Rechte auf Arbeit, Wohnung,

Gesundheitsversorgung und ein glückliches Leben. Diese Charta war meilenweit entfernt von Obamas kleinmütiger und konzessionsbereiter »Bitte ein bisschen weniger Ausbeutung«-Politik. Roosevelt benutzte die harte Sprache Jeffersons, um Gerechtigkeit zu fordern. Zwar machte er sich nicht linke Maximalforderungen etwa nach einer Vergesellschaftung der Banken und Großunternehmen zueigen. Doch er formulierte zweifellos die fortschrittlichste soziale Position, die je von einem US-Präsidenten vertreten wurde.

Heute erscheint eine ökonomische Grundrechtecharta als völlig utopische Vorstellung. Trotzdem würde sie genau definieren, was so vielen Menschen auf der ganzen Welt existenziell fehlt. Deshalb müssen die neuen Bewegungen um jeden Preis die Grundbedürfnisse einklagen, statt sich mit Realpolitik zu begnügen. Wenn sie das tun, dann haben sie in dem alten wortmächtigen Roosevelt einen mächtigen Verbündeten.

Um aber auf die Strategie zurückzukommen: Welches ist das nächste Glied in der Kette, was ist der nächste Schritt? Und muss der wild wachsende Protest sich jetzt wirklich auf programmatische Forderungen festlegen, die beispielsweise zu den anstehenden Wahlen in den USA passen? Muss Occupy sich 2012 der meistbietenden Partei an den Hals werfen?

Zum Glück sieht es momentan nicht danach aus, als würden sich die Occupationistas zum Verkauf anbieten. Ich persönlich neige der anarchistischen Position eines parteiunabhängigen Protestes zu. Die politischen Imperative für mein eigenes Land, für Amerika, sind naheliegend.

Zunächst müssen wir das Leid der von den Banken übervorteilten »99 Prozent« publik und der Wall Street den Prozess machen. Bringt Harrisburg, Loreda, Riverside, Camden, Flint und Holly Springs in die Geschäftsviertel von New York! Konfrontiert die Raubtiere mit ihren Opfern!

Dann müssen wir den öffentlichen Raum auch weiterhin demokratisieren. Der Historiker Mark Naison aus der Bronx hat einen kühnen Plan entwickelt, um die brachliegenden Grundstücke New Yorks in Überlebenszonen für Obdachlose und Arme zu verwandeln. Ohne großen Aufwand könnten dort Gärten, Zeltplätze, Spielplätze entstehen. Gut, dass die Occupy-Protestler im ganzen Land inzwischen wissen, wie es ist, kein Dach über dem Kopf zu haben. Diese Erfahrung könnte ein Grund mehr sein, jene Tore aufzubrechen und jene Zäune niederzureißen, hinter denen ungenutzter Raum liegt, den so viele benötigen.

Bei alledem müssen wir aber unser wahres Ziel im Auge behalten. Es geht nicht darum, die Reichen stärker zu besteuern oder die Banken besser zu regulieren. Es geht um eine wirtschaftliche Demokratie – um das Recht der einfachen Leute, selber zu entscheiden über soziale Investitionen, Zinssätze, Kapitalflüsse, Arbeitsplatzbeschaffung, Erderwärmung und dergleichen. Wenn die wirtschaftliche Macht nicht endlich demokratisiert wird, sind die ganzen Debatten überflüssig.

Zunächst aber muss Occupy den Winter überstehen. Denn im Januar ist es nicht nur auf New Yorks Straßen eisig. Bloomberg und viele andere Bürgermeister und Provinzfürsten hoffen darauf, dass ein harter Winter die Proteste zum Erliegen bringt. Deshalb ist es so wichtig, das Feuer auch während der langen Weihnachtspause am Brennen zu halten. Ich bewundere schon jetzt die Jugend, die dem Winter die Stirn bieten will, wie es ihre obdachlosen Schwestern und Brüder tun. Zieht eure warmen Mäntel an!

Die Banker, die unlängst von der New York Times interviewt wurden, sahen in den Occupy-Protesten nur eine Belästigung. Junge aufmüpfige Leute, die nicht verstanden haben, wie der Finanzsektor funktioniert. Ich glaube, diese Banker sollten etwas demütiger auftreten. Denn seit dem Jahr 2000 sind in den Vereinigten Staaten viereinhalb Millionen Arbeitsplätze allein in der Industrie verloren gegangen. Seit 1987 haben die schwarzen Amerikaner über die Hälfte ihrer Vermögenswerte verloren, die Latinos sogar unfassbare zwei Drittel. Wie lange werden all diese Menschen ihr Schicksal noch hinnehmen?

Wenn ich Banker wäre, hätte ich Angst vor der Zukunft. Ich würde wirklich davor zittern, auf dem Schinderkarren der Geschichte zu landen. Denn wer den amerikanischen Traum zerstört, dass jedermann seine Chance hat, dem könnten die chancenlosen kleinen Leute eines Tages empfindlich wehtun.

Aus dem Englischen von Michael Adrian

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2012/01/Zehn-Gebote>